

Kolumne Herausgeberrat, Klettgauer Bote vom 22.06.2024, Finanzausgleich

22.6.2024, Martina Munz; Nationalrätin

Gemeinden stärken - jetzt!

Eine Podiumsdiskussion der Interessensgemeinschaft Klettgau unter dem Titel «Klettgauer Gemeinden in Finanznot - Kanton schwimmt im Geld» hat viel Publikum angezogen. Grund für das Interesse: Die Klettgauer Gemeinden ächzen unter der hohen Finanzlast. Trotz hoher Steuerfüsse können sie Schulhäuser, Hochwasserschutz und Kanalisation kaum mehr finanzieren. Für die Attraktivierung der Gemeinden mit Kitas oder Alterswohnungen fehlt das Geld. Gebundene Aufgaben wie Sozialhilfe und Prämienverbilligung fressen den Gemeinden den letzten Handlungsspielraum. Um nicht in die Schuldenwirtschaft abzugleiten, wird sogar das Tafelsilber verkauft. Die Klettgauer Gemeinden sind mit ihren hohen Steuerfüssen in einem Teufelskreis. Der Graben zwischen reichen und finanzschwachen Gemeinden wird immer grösser. Auf der anderen Seite profitieren der Kanton und wenige Gemeinden von der Ansiedlung steuerkräftiger Unternehmen. Dem Kanton geht es finanziell gut, seit neun Jahren erfreut er sich an millionenschweren Überschüssen und legt diese in Reservetöpfen an. Der Stadt Schaffhausen geht es gleich.

Der kantonale Finanzausgleich sollte in dieser Situation Abhilfe schaffen. Er setzt das Ausgleichsziel zwischen 65 und 85 Prozent des gewichteten Mittels der relativen Steuerkraft aller Gemeinden fest. Innerhalb dieser Grenzen kann der Kantonsrat im Dekret das Ausgleichsziel festsetzen. So kann rasch auf Veränderungen reagiert werden. Doch seit 2007 verharrt das Ausgleichsziel auf 73 Prozent. Das ist absolut ungenügend! Im Kanton Zürich ist das Ziel sogar auf 95 Prozent gesetzt, anders sei ein fairer Ausgleich nicht zu gewährleisten. Im Kanton Schaffhausen wären alle zufrieden mit 85 Prozent. Sogar die ressourcenstarken Gemeinden haben sich solidarisch dafür ausgesprochen! Doch die Regierung hat kein Musikgehör für die Notlage der Klettgauer Gemeinden. Statt pragmatisch das Dekret anzupassen, will die Regierung den komplizierten Weg gehen und den Ressourcen- und Lastenausgleich neu berechnen. Das kann Jahre in Anspruch nehmen. Die Klettgauer Gemeinden würden in dieser Zeit weiter ausbluten.

Jetzt ist solidarisches Handeln der Klettgauer Kantonsrätinnen und Kantonsräte gefragt. Mit einem einfachen Vorstoss kann das Dekret per 1. Januar 2025 angepasst werden. Die Bevölkerung wird es ihnen mit der Wiederwahl danken.